



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

9 Jahre lang kam die Gemeinde jeweils ohne neue Kreditaufnahmen aus. Dabei konnten die Schulden kontinuierlich von 21 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro abgebaut werden.

Im Jahr 2016 war erstmals wieder eine Kreditaufnahme notwendig, insbesondere für die Finanzierung der neuen Kindertagesstätte bei der Albert-Schweizer-Schule.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes 2017 erfolgt, wie auch in vielen anderen Gemeinden, unter schwierigen Rahmenbedingungen, die eine erneute Kreditaufnahme erforderlich machen.

Darüber hinaus müssen geplante Investitionen zurückgestellt werden.

Warum ist das so? Hat die Verwaltung schlecht gewirtschaftet oder hat der Gemeinderat das Augenmaß verloren? Beides trifft in keiner Weise zu.

Auf der Ausgabenseite hat die Gemeinde erhebliche Mehrkosten, insbesondere bei der Kinderbetreuung zu tragen. Die Beträge zur Deckung der Betriebskosten summieren sich inzwischen auf jährlich rund 3 Millionen Euro.

Auch die Ausgaben für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ist ein neuer Kostenfaktor, den die Kommunen mit zu verkraften haben. Dazu kommt eine erneute Erhöhung der Kreisumlage, die sich hauptsächlich auf die gestiegenen Ausgaben im Sozialbereich des Landkreises begründen.

Dies sind alles Ausgaben für Aufgaben, die den Kommunen auferlegt werden und deren Finanzierung durch die öffentliche Hand teilweise noch offen ist.

Auf der Einnahmenseite fehlen Zuweisungen, die wir dringend bräuchten, um die Aufgaben zu bewältigen, die auf die Kommunalebene durchgereicht werden.

Obwohl Parteipolitik im Gemeinderat unserer Meinung nach eigentlich eine untergeordnete Rolle spielen sollte, muss ich diesmal trotzdem einige Worte zur Landespolitik verlieren:

Wie auch Landrat Dr. Schnaudigel bei der Einbringung des Kreishaushaltes deutlich kritisierte, ist auch für uns der erhöhte Vorwegabzug zur Sanierung des Landeshaushalts durch die neue Landesregierung völlig unverständlich. Dieser wurde noch durch die Grün-Rote Landesregierung erheblich gesenkt und die Kommunen wurden spürbar entlastet. Auch die Zuschüsse für die Kinderbetreuung wurden seinerzeit erheblich erhöht.

Nun wird unter der neuen Regierung der Vorwegabzug auf 550 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Geld, das eigentlich den Kommunen zusteht. Die laut Landesregierung angeblich „wohlhabenden“ Kommunen sind Hauptadressaten der Einsparbemühungen des Landes.

Ein weiterer Sonderfaktor in 2017: Erhebliche Finanzmittel der Gemeinde Waldbronn für getätigte Grundstücksankäufe in Höhe von über 3 Millionen Euro sind derzeit noch durch die Umlegung des Neubaugebietes Rück II gebunden. Hier sind wir jedoch zuversichtlich, dass auf Grund der jüngsten Entwicklungen die Umlegung bald erfolgen kann.

Dann werden diese Gelder durch Grundstückserlöse auch wieder an die Gemeinde zurückfließen. Dies bedeutet dann für den Haushalt 2017 eine spürbare Entlastung.

Für die aktuellen Haushaltsberatungen bedeutet dies jedoch, dass Kreditaufnahmen in Höhe von rund 2,7 Mill. € einzuplanen sind, sowie, dass einige der für 2017 geplanten Maßnahmen verschoben oder zunächst mit einem Sperrvermerk versehen werden müssen.

Größter Posten ist hierbei die Sanierung der Josef-Löffler-Straße, die mit einer Dreiviertel Million Euro zu Buche schlägt.

Auf der Einnahmenseite erweist sich in Waldbronn die **Einkommenssteuer** als sehr verlässlich und stetig ansteigend. Mit 8,4 Millionen Euro ist ein neuer Höchststand erreicht.

Dies ist der hohen Steuerkraft der Waldbronner Bürger geschuldet. Viele einkommensstarke Bürger wohnen in Waldbronn wegen unserer guten Infrastruktur und unserer vielfältigen kulturellen Angebote. Bei der Kaufkraft liegt Waldbronn in der Region an der Spitze und hat sogar Baden-Baden überholt.

Eine Erhöhung der Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer ist für uns zwar schmerzlich, aber unumgänglich. Wir sind uns bewusst, das Waldbronn, damit im Landkreisvergleich an der Spitze liegt. Die Erhöhung der Grundsteuer um ca. 7,5% sehen wir jedoch als angemessenen Beitrag an. Wenn man bedenkt, dass es in den vergangenen 6 Jahren keine Erhöhung gab, liegt die durchschnittliche Erhöhung noch unter den allgemeinen Kostensteigerungen. Aber wir haben bei uns auch eine besonders hervorragende Infrastruktur, die wir erhalten wollen.

Aus der Darstellung des **Nachbarschaftsverbands Karlsruhe** geht hervor, dass zur Bedarfsabdeckung an neu zu schaffendem Wohnraum für die nahe Zukunft in der Region ca. 200ha Wohnbaufläche benötigt werden. Da in Karlsruhe, die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen erschöpft sind, werden die Umlandgemeinden aufgefordert, sich an der Deckung des Wohnbedarfs solidarisch zu beteiligen. Ansonsten sehe sich der Nachbarschaftsverband und damit vorrangig Karlsruhe, möglicherweise gezwungen von den Umlandgemeinden deren, im Flächennutzungsplan ausgewiesene Flächen zu beanspruchen.

Somit hätte Waldbronn die Wahl, die Flächen als Bauland selbst zu nutzen oder ggf. abzutreten. Die derzeit vorhandenen Flächen werden jedoch für die Entwicklung von Waldbronn dringend benötigt und sollten diesbezüglich auch so genutzt werden. Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, auf diese Flächenpotentiale zu verzichten und innerhalb des Nachbarschaftsverbandes an andere Kommunen (Karlsruhe) für den benötigten Wohnungsbau abzugeben.

Der enorm hohen **Nachfrage nach Wohnbaufläche** und speziell in Waldbronn ist der Gemeinderat durch den Beschluss zur Erschließung des Baugebietes Rück II nachgekommen. Ob dies allerdings ausreicht, bleibt abzuwarten.

Letztendlich stellt die Bereitstellung von Wohnraum in Waldbronn für uns auch einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Sicherung und Steigerung der Einkommensteuer für die Gemeinde dar.

Aus demographischer Sicht ist besonders der Zuzug junger Familien wichtig. Hier werden wir uns für eine spezielle Förderung einsetzen, ebenso wie auch für die Schaffung preisgünstiger Wohnungen durch speziell geförderten Wohnungsbau. Ebenso werden wir darauf achten, dass durch den Bevölkerungszuwachs die jetzt schon angespannte medizinische Versorgung der Waldbronner Bürger sichergestellt bzw. verbessert wird.

Wichtig ist uns ebenfalls, bei den Festlegungen des Bebauungsplanes energetisch sinnvolle Lösungen anzustreben.

In Bezug auf den enormen Siedlungsdruck in unserer Region wird noch einiges auf uns zu kommen. Hier dürfen wir nicht nur an Waldbronn denken. Es ist gefordert, dass die Stadt Karlsruhe und ihre Umlandkommunen gemeinsame Lösungen entwickeln.

Waldbronn ist auf der Einnahmenseite stark vom Einkommensteueranteil dominiert. Die Höhe der **Gewerbsteuer**, für 2017 mit 5,1 Millionen Euro veranschlagt, ist über die Jahre schwankend und schwer einzuschätzen. Dennoch dürfen wir die Gewerbesteuer als wichtigen Beitrag zur Erfüllung unserer Aufgaben nicht geringschätzen.

Ohne die Gewerbesteuer könnten wir viele Einrichtungen, die Waldbronn zu dem machen was es ist, nicht finanzieren. Die Abschaffung dieser Einrichtungen ist die schlechteste aller denkbaren Lösungen, denn gerade diese Einrichtungen tragen dazu bei, dass Waldbronn als Wohnort für einkommensstarke Bürger so attraktiv ist. Außerdem, solange keine andere wirtschaftliche Verwendung der Räumlichkeiten gegeben ist, bliebe ein Großteil der Kosten erhalten. Was aber fast noch wichtiger ist: Die Mitarbeiter in unseren Einrichtungen würden im Falle einer Schließung (Beispiel Musikschule) gekündigt werden müssen bei gleichzeitiger Zahlung hoher Entschädigungen, ohne dass allerdings auf der anderen Seite Einkünfte zu verzeichnen wären.

Gemessen an den vergleichbar hohen Einkommen der Waldbronner Bürger wandert viel Kaufkraft ab und trägt so nicht zum Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde bei. Des Weiteren sehen sich ortsansässige Betriebe und Unternehmen gezwungen, ihre Geschäftstätigkeit in umliegende Kommunen zu verlagern, weil Waldbronn keine geeigneten **Gewerbeflächen** bereitstellen kann.

Wie lange wollen wir es uns noch leisten, dass erfolgreiche, expandierende Firmen aus Waldbronn abwandern, obwohl sie liebend gerne in Waldbronn bleiben und hier investieren würden? Die Fälle PI, Getränkeland und Polytec *müssen* uns zu denken geben.

Oft hören wir, dass für Waldbronn die Ausweisung von Gewerbeflächen nicht erstrebenswert wäre, weil die Erzielung von Gewerbesteuer sich angeblich nicht lohnt. Dem halten *wir* entgegen, einmal einen Blick auf die Flächennutzung von Waldbronn zu werfen. Dort wird schnell sichtbar, mit welchem geringem Flächenanteil das Volumen unserer Gewerbesteuer generiert wird. Bei der Ansiedelung von Gewerbe kommt es allerdings auch darauf an, dass es zu Waldbronn passt.

Zusammengefasst fordern wir für die Weiterentwicklung von Waldbronn ein abgestimmtes Maßnahmenpaket. Dazu gehören:

- Förderung des Zuzugs von jungen Familien durch ein attraktives und bezahlbares Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder jeden Alters, damit Beruf und Familie in Einklang gebracht werden können,
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Einkommensschichten,
- Ausbau verfügbarer Arbeitsplätze durch Gewerbeansiedelung,
- Sicherung der medizinischen Versorgung in Waldbronn durch Einplanung eines Ärztehauses im Neubaugebiet Rück II,
- Bindung der Kaufkraft durch entsprechende Einkaufsmöglichkeiten mit einer Erweiterung des Handels- und Dienstleistungsgewerbes,
- Nachhaltige Weiterentwicklung der Haushaltslage sowie Erhaltung und Verbesserung der Infrastruktur durch umsichtige Investitionen.

Außerdem wollen wir, dass der **Bauhof** aus dem Wohngebiet in das neuanzulegende Gewerbegebiet verlagert wird und dass für die Feuerwehr Waldbronn ein **gemeinsames Feuerwehrhaus** bereitgestellt wird. Uns ist vollkommen klar, dass diese Punkte sicherlich nicht auf der Tagesordnung der nächsten Gemeinderatsitzung stehen werden, aber ganz konkret bedeutet dies, dass wir uns dringend mit der Überplanung/Umlegung der Fleckenhöhe beschäftigen müssen. In diesem Punkt stehen wir Polytec gegenüber immer noch im Wort, eine Antwort zum zeitlichen Rahmen für diese Maßnahme zu geben. Wir wollen, dass Polytec in Waldbronn bleibt! Dafür setzen wir uns seit Jahren ein.

Kinderbetreuung wird auch 2017 eine wichtige Rolle in Waldbronn einnehmen: Was lange wärt, wird endlich gut. So könnte man die einstimmige Entscheidung des Gemeinderates zur **Sanierung des Kindergartens St. Josef** überschreiben. Die Entscheidung wurde nun für eine Sanierungsvariante gefällt, die den Betrieb von 4 bis 5 Kindergartengruppen vorsieht und der Pfarrgemeinde St. Katharina ermöglicht, auf diesem Lösungsansatz ihre eigenen Pläne für die Sanierung des Pfarrheimes umzusetzen.

Trotz klammer Kasse ist es wichtig, entsprechende Mittel für den **Unterhalt der gemeindeeigenen Gebäude** aufzuwenden, denn hier handelt es sich um Ausgaben, die dem Werterhalt dienen.

Die neuen Fenster für das Kurhaus zum Beispiel, wurden bereits mehrfach in den letzten Haushalten zurückgestellt. Sie sind auch ein wichtiger Beitrag zur energetischen Gebäudesanierung.

Beim Thema **Unterbringung von Asylbewerbern** ist eine deutliche Entspannung eingetreten. Im Landkreis wurde jüngst der aktuelle Masterplan fortgeschrieben: Während es Ende 2015 noch über 500 aufzunehmende Personen pro Monat für den Landkreis Karlsruhe waren sind es in diesem Jahr nur noch um die 30 Personen pro Monat.

Für die Anschlussunterbringung der anerkannten Asylbewerber sind die Gemeinden zuständig. Hier sind wir mit der neuen Unterkunft in der Bahnhofstraße und dem Pfarrheim in Busenbach nun recht gut auf gestellt. Hier auch ein Dank an die katholische Kirchengemeinde St. Katharina für die gute Kooperation. Die neue Gemeinschaftsunterkunft in Neurod wird vom Landkreis weiter ausgebaut und wird als „Kombimodell“ realisiert. Das heißt, dass die Räumlichkeiten sowohl als Gemeinschaftsunterkunft, als auch ggf. später von der Gemeinde für die Anschlussunterbringung genutzt werden können.

An dieser Stelle ein ganz besonderer Dank an den **Arbeitskreis „Willkommen für Fremde“**, der den Asylsuchenden mit großem persönlichen Einsatz dabei hilft, sich in ihrer neuen Heimat zurechtzufinden. Die herzliche Atmosphäre beim monatlichen Asylcafé muss man einfach erlebt haben.

Kommen wir zu den **freiwilligen Einrichtungen** unserer Gemeinde: Wie schon eingangs erwähnt: Viele Bürger wohnen in Waldbronn wegen unserer guten Infrastruktur und unserer vielfältigen kulturellen Angebote.

Die Forderung nach Schließung einzelner Einrichtungen, nach dem Motto „wir haben es schon immer gesagt“ scheint für einige *der* Weg zur Lösung der Finanzprobleme unserer Gemeinde zu sein. Dies halten wir jedoch für zu kurz gedacht.

Vermeintlich „einfache Lösungen“ sind in der Politik nicht unbedingt auch der beste Ansatz. An den hier dargestellten Beispielen kann man erkennen, was bisher durch besonnene Vorgehensweise durch die Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat in den vergangenen Jahren erreicht wurde. Natürlich sind wir noch nicht am Ende und sollten uns auch nicht ausruhen. Aber dennoch sollten wir das bisher Erreichte darstellen und uns Mut machen auf diesem Weg weiter zu machen.

Beleuchten wir mal die Situation unseres **Thermalbades**: Vor gut 8 Jahren betrug der Zuschuss der Gemeinde noch rund 650 000 € pro Jahr. Es gab Forderungen im Rat nach Schließung, Verkauf für einen Euro oder Umwandlung in ein Spaßbad. Keine weiteren größeren Investitionen waren mehr gewünscht.

Richtig war jedoch der von uns mitgetragene Weg des Sparens auf der einen Seite und der maßvollen ständigen Investitionen andererseits:

Ein Blockheizkraftwerk, neue Saunen, neue Duschen, neuer Eingangsbereich. Dies hat dazu geführt, dass das Thermalbad weiterhin ein attraktives Aushängeschild unserer Gemeinde ist, das darüber hinaus wieder schwarze Zahlen schreibt.

Den gleichen Weg gehen wir soweit wie möglich auch bei anderen Einrichtungen. Anstatt immer wieder eine möglichst baldige Schließung des **Eistreffs** zu fordern, sind *wir* für ein konstruktives Vorgehen, um das Defizit zu minimieren oder die Kosten des laufenden Betriebs sogar ganz auszugleichen. Der Bau einer gemeinsamen **Energiezentrale** für die Firma Agilent, Eistreff und Freibad, der sich nun auch weitere Firmen anschließen, ist hier ein wichtiger Beitrag. Für uns ist dies ein zukunftsweisendes Projekt mit Vorbildcharakter.

Neben ökologischen Aspekten (deutliche Reduzierung des CO²-Ausstoßes) können für die Gemeinde bedeutende Synergieeffekte erzielt werden:

- Die Stromkosten der Gemeinde für Eistreff und Freibad können gesenkt werden.
- Das Freibad kann konstant mit Wärme versorgt werden. Dadurch kann eine über die üblichen Öffnungszeiten hinaus gehende Nutzung, nicht nur bei schönem Wetter, bei angenehmen Wassertemperaturen erreicht werden, was die Wirtschaftlichkeit erhöhen wird.
- Die sanierungsbedürftige Solaranlage auf dem Eistreffdach braucht nicht erneuert zu werden, sondern kann durch eine gewinnbringende Photovoltaik-Anlage ersetzt werden.

Natürlich gibt es auch Einrichtungen, die immer noch einen hohen Zuschussbedarf ausweisen. Bei der **Bücherei** freuen wir uns über den Zuschuss des engagierten Fördervereins zu den Kosten des neuen „Onleihe-Angebotes“, das für eine Bücherei heute unerlässlich ist. Mittelfristig wäre für uns ein Standort beim Kulturtreff (Stichwort „Kultur unter einem Dach“) gut vorstellbar, wie er bereits schon einmal planerisch angedacht war. Einer Auflösung oder Verteilung auf die Schulen werden wir nicht zustimmen.

Unstrittig sind für uns die Kosten für den **Jugendtreff**, dessen guter Ruf weit über unsere Ortsgrenzen wirkt.

Die Kooperation mit dem neuen Karlsbader Jugendzentrum ist ein gutes Beispiel für eine gelungene interkommunale Zusammenarbeit.

Für die **Feuerwehr** sind ebenfalls wieder Mittel eingestellt, um die Ausstattung zu erneuern oder zu ergänzen.

Hier gilt es nun auch, neue Strukturen zu schaffen, die in *eine* gemeinsame Waldbronner Wehr mit *inem* gemeinsamen Feuerwehrhaus münden.

Im Bereich des **öffentlichen Personennahverkehrs** unterstützen wir die Initiative zur Einrichtung einer neuen Buslinie zur Verbindung der Karlsruher Höhenstadtteile mit Waldbronn und Karlsbad. Wir hoffen, dass diese neue Linie dann auch gut genutzt wird.

Ein weiterer Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Verkehrs ist ein gutes **Radwegenetz**. Eine sehr aktive Planungsgruppe, hervorgegangen aus der Leitbildarbeit hat hier bereits ein umfangreiches Konzept erstellt. Neben guten Radwegen ist auch die Sicherheit der Schüler auf ihrem Schulweg ein wichtiges Ziel. Erstmals sind hier nun Mittel im Haushalt eingestellt. Der Schulradweg nach Langensteinbach am Waldrand beim Kleintierzuchtverein soll nun beleuchtet werden. Auch die Neugestaltung der Anbindung des Promenadenweges an den Rathausvorplatz muss vorrangig angegangen werden. Die steile Rampe mit den engen Absperrbügeln ist derzeit nicht nur für Radfahrer sondern auch für Senioren völlig ungeeignet.

Kleinere Beträge sind weiterhin für die **Vereine** eingestellt. Sie prägen das kulturelle, soziale und sportliche Leben in unserer Gemeinde. Sie sind ein wichtiger Teil dessen, was *unser* Waldbronn ausmacht.

Was dort an ehrenamtlicher Arbeit und mit geringen finanziellen Mitteln, auch im sozialen Bereich, geleistet wird kann nicht hoch genug bewertet werden.

Richtlinie der weiteren Politik unserer Kommune wird weiterhin das in diesem Jahr verabschiedete **Leitbild** sein. Eine Steuerungsgruppe mit einer externen Koordinatorin traf sich inzwischen erstmals und wird von nun an zweimal im Jahr zusammenkommen um die Umsetzung der umfangreichen Ziele zu prüfen und nach einer Prioritätenliste zu koordinieren.

In diesem Sinne stimmt die Fraktion von SPD und Bürgerliste dem vorliegenden Haushaltsplan für 2017 zu.

Zum Schluss meiner Haushaltsrede bleibt mir im Namen der Fraktion von SPD und Bürgerliste, Ihnen, Herr Thomann sowie Ihrem Team Dank für die Erstellung des umfangreichen Zahlenwerks zu sagen. Die einzelnen Bereiche haben sie uns wie immer fachkundig, umfassend und kompetent erläutert.

Mein Dank gilt auch den Gemeinderatskollegen aller Fraktionen für die gute Zusammenarbeit in den zahlreichen Sitzungen. Wir freuen uns auf eine weiterhin sachorientierte und gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde.

Und so sehen wir dem, wenn auch wirtschaftlich sehr schwierigen Jahr 2017, dennoch zuversichtlich entgegen.

Ich danke der Verwaltung mit Herrn Bürgermeister Masino an der Spitze für die gute Zusammenarbeit. Bedanken möchten wir uns auch bei den Mitarbeitern vom Bauhof, der Gärtnerei und der Kurverwaltung für ihre geleistete Arbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Allen schon jetzt frohe Weihnachtstage sowie alles Gute für das kommende Jahr.

Jens Puchelt, Fraktionsvorsitzender